286 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Bericht

des Verfassungsausschusses

betreffend den Sechzehnten Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 1992) (III-7 der Beilagen)

Der dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung vorgelegene Bericht gliedert sich – wie die Berichte in den Vorjahren – in einen Allgemeinen, einen Besonderen und einen Statistischen Teil.

Im Allgemeinen Teil wird über die Entwicklung des Geschäftsanfalls im Berichtszeitraum – es wurden 1992 insgesamt 3 882 Prüfungsakten angelegt (davon 3 739 auf Grund von Beschwerden sowie 143 von Amts wegen) – berichtet. Ferner enthält dieser Teil des Berichtes Angaben über die von den Volksanwälten im Kalenderjahr 1992 abgehaltenen Sprechtage, an denen insgesamt 1 949 Personen vorgesprochen haben. Weiters werden im Allgemeinen Teil unter anderem die Zahl der abgeschlossenen Prüfungsverfahren sowie andere Erledigungen, die Stellungnahmen der Volksanwaltschaft zu Petitionen und Bürgerinitiativen und die Öffentlichkeitsarbeit der Volksanwaltschaft im Rahmen des ORF angeführt. Im Besonderen Teil wird über die Aufgabenbereiche der einzelnen Volksanwälte – gegliedert nach Ressortbereichen – berichtet, wobei auch auf bestimmte Einzelfälle eingegangen wird.

Der Statistische Teil enthält insbesondere eine Aufgliederung der im Berichtszeitraum eingelangten Beschwerden nach den Aufgabenbereichen der Volksanwälte und nach Sachgebieten.

Der Verfassungsausschuß hat den Bericht in seiner Sitzung am 5. Juli 1995 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Johann-Ewald Stadler, Mag. Terezija Stoisits, Mag. Dr. Willi Brauneder, Dr. Peter Kostelka und Dr. Volker Kier sowie die Volksanwälte Mag. Evelyn Messner, Ingrid Korosec, Horst Schender und Staatssekretär Mag. Karl Schlögl.

Bei der Abstimmung hat der Verfassungsausschuß mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Sechzehnten Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 1992) (III-7 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1995 07 05

Franz Kampichler

Dr. Peter Kostelka
Obmann

Berichterstatter